

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Der Wohnungsbau befindet sich im freien Fall. Immer weniger neue Wohnungen werden fertig. Die Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft ist auf rund 70 Prozent gesunken, Tendenz weiter fallend. Die Folgen: In den Ballungszentren fehlen immer mehr Wohnungen, eine wichtige Branche droht ins Wanken zu geraten. CDU und CSU haben klare Vorstellungen für den Weg aus der Wohnungskrise. Die Bundesregierung versuchte in dieser Woche mit einem weiteren Wohnungsbaugipfel gegenzusteuern, nachdem der erste Gipfel keine Wirkung gezeigt hatte. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Alarmstimmung herrscht auch in den Kliniken. Vielerorts halten die Einnahmen nicht mehr mit den rasant steigenden Kosten mit. Mit einer Krankenhausreform will Gesundheitsminister Karl Lauterbach Abhilfe schaffen. Unterdessen aber drohen Klinikinsolvenzen, die ungesteuert Löcher in die Versorgungsstruktur schlagen. CDU und CSU fordern ein Vorschaltgesetz, um ein drohendes Kliniksterben zu verhindern.

Das Förderprogramm von Verkehrsminister Volker Wissing für Solarpaneele und Wallboxes zum Laden von Elektroautos in

Privathaushalten hat sich nach nur einem Tag in der Luft aufgelöst. Nach nur 33.000 Anträgen ist der Fördertopf leer. Das erinnert an Wirtschaftsminister Robert Habeck. Dessen Neubauförderung musste im April vergangenen Jahres ebenfalls nach nur einem Tag wegen Geldmangels eingestellt werden.

Und noch eine erste Bilanz in Sachen Deutschlandpakt. „Die Bürgerinnen und Bürger sind diesen Stillstand leid, und ich bin es auch.“, sagte Kanzler Olaf Scholz vor drei Wochen im Bundestag und rief zum Deutschlandpakt auf. Schon damals klang das eher verzweifelt. Mit etwas Abstand betrachtet lässt sich feststellen, kein Pakt nirgends. Im Gegenteil: Ob Migration, Stromsteuer, Wachstum und Wohlstand - die Ampel steht beim Deutschland-Pakt auf Rot. Zuletzt lehnte man selbst beim Jubiläum des deutschen UN-Beitritts einen CDU/CSU- Antrag ab. Rot-Grün-Gelb wollte auch hier lieber den Alleingang. So wird immer deutlicher: Scholz agiert zusehends isoliert. Der Deutschlandpakt entpuppt sich als Luftnummer ohne Substanz.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

Kliniken mit Vorschaltgesetz schützen



Wegen der sich zunehmend verschärfenden Kosten- und Einnahmesituation der Kliniken sehen CDU und CSU die Gefahr eines ungeordneten Krankenhaussterbens. Sie haben deshalb jetzt einen [Antrag](#) in den Bundestag eingebracht mit dem Ziel, den Betrieb der Kliniken mit einem Vorschaltgesetz bis zur geplanten Krankenhausreform sicherzustellen. Wegen der anhaltend hohen Inflation steigen für die Krankenhäuser die Kosten deutlich stärker als die Erlöse. Da Krankenhäuser ihre Kosten nicht wie freie Unternehmen einfach an ihre „Kunden“ weitergeben können, verzeichneten sie schon im Jahr 2022 ein monatliches Defizit von insgesamt rund 440 Millionen Euro mit steigender Tendenz. Vor diesem Hintergrund soll eine klare Prognose erstellt werden, welcher zusätzliche Finanzbedarf besteht, um darauf aufbauend ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das Masseninsolvenzen von deutschen Krankenhäusern verhindert und die Stabilisierung der stationären Versorgung bis zu dem Zeitpunkt sicherstellt, an dem die geplante, große Krankenhausreform ihre Wirkung entfaltet.

Sebastian Brehm: „Schulterzuckend wie der Bundesgesundheitsminister zu sagen, dafür sei



leider kein Geld da, ist keine politische Option. Die Konsequenz wäre eine kalte Strukturbereinigung der deutschen

Krankenhauslandschaft mit nicht vorhersehbaren Folgen für die Versorgungssicherheit und damit die Gesundheit der Bürger.“

Freien Fall im Wohnungsbau stoppen



Der Wohnungsbau befindet sich im freien Fall. Die Auftragsbücher der Unternehmen leeren sich. Bereits ausfinanzierte Projekte werden reihenweise gestoppt. Erste Unternehmen meldeten bereits Insolvenz an, andere befinden sich in bedenklicher Schieflage.

Ihr Ziel, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen, hat die Ampel deutlich verfehlt. 2023 werden wohl nur noch 223.000 und 2024 sogar schlimmstenfalls nur 177.000 neue Wohneinheiten fertiggestellt. Es besteht dringende Handlungsbedarf.

CDU und CSU haben klare Vorstellungen für den Weg aus der Krise - einen Dreiklang aus Kostensenkungen, steuerlichen Maßnahmen und

gezielter Eigentumsförderung. Die Bundesregierung versuchte in dieser Woche mit einem weiteren Wohnungsbaugipfel gegenzusteuern, nachdem der erste Gipfel im Frühjahr keine Wirkung gezeigt hatte.

Neben neuen Sonderabschreibungen für den sozialen Wohnungsbau und einer Aufstockung der KfW-Förderprogramme „Wohneigentum für Familien“ kann aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion eine Reform der Grunderwerbsteuer mit einem Freibetrag von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum Abhilfe schaffen. Notwendig ist auch ein Moratorium, das verhindert, dass Bauen durch immer neue Vorschriften unnötig verteuert oder verlangsamt wird. Die Beschränkung der Förderung auf Bauten mit extrem hohem Energieeffizienzstatus muss gestoppt werden. Förderung sollte auch möglich sein für den Kauf von Bestandsimmobilien.

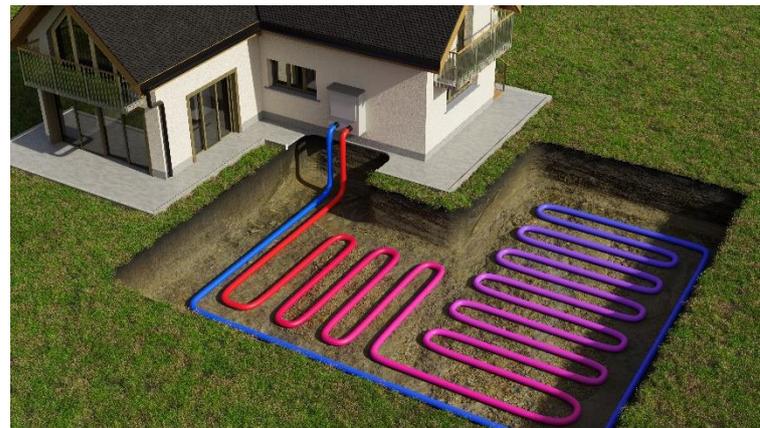
Einige Vorschläge von CDU und CSU finden sich im Ergebnis des Baugipfels wieder. Eine Kehrtwende bringt auch dieser Gipfel leider nicht. Immerhin wurden rot-grüne-gelbe Fehlentwicklungen korrigiert. Die Bauförderung ist nicht mehr an hohe Energieeffizienzvorgaben gebunden und die Einkommensgrenze wurde angehoben. Darüber hinaus wird nur vieles wiederholt, was schon nach dem ersten Baugipfel verkündet wurde – und auch damals ohne positive Folgen blieb.



Sebastian Brehm: „Das Ergebnis des Wohnungsgipfels ist nicht der große Wurf, der jetzt nötig wäre. Vieles bleibt im Kleinklein und bei reinen Absichtserklärungen.“

Hinter großen Überschriften verbergen sich zum Teil unrealistische Zeithorizonte wie etwa bei der Umwandlung von Büro- und Wohngebäuden. Die wenigen Impulse kommen für dieses Jahr zu spät. Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird wachsen.“

Geothermie soll Stütze der Wärmewende werden



Erdwärme soll eine wesentliche Stütze der Wärmewende werden. Eine entsprechende Initiative haben CDU und CSU in dieser Woche im Bundestag gestartet. Danach soll die Bundesregierung die Voraussetzungen für eine verstärkte Nutzung oberflächennaher Geothermie im Zuge der Energiewende schaffen. Geothermie als ganzjährig zur Verfügung stehende erneuerbare Energie soll bei den Vorgaben für die kommunale Wärmeplanung und beim Ausbau von Wärmenetzen und Quartierslösungen regelmäßig und vorrangig berücksichtigt werden.

Der Grund ist einfach: Geothermie hat einen höheren Wirkungsgrad als Luftwärmepumpen. Das gilt besonders für kalte Tage mit hohem Wärmebedarf. Es ist deshalb sinnvoll, Geothermie als effektive Lösung bevorzugt einzusetzen. Das setzt jedoch voraus, dass die

Genehmigungsverfahren für oberflächennahe Geothermie vereinfacht und schneller bearbeitet werden.

Sebastian Brehm: „Die Bundesregierung hat mit ihrem verkorksten Heizungsgesetz einseitig alle klimafreundlichen Optionen auf die Luftwärmepumpe verengt. Wichtige und weit bessere Alternativen wie die Erdwärme sind aus unerklärlichen Gründen ins Abseits gedrängt worden. Dieser Fehler muss korrigiert werden.“

Ampel lässt Opfer von Kindesmissbrauch im Stich



Seit mehr als einem Jahr drängen CDU und CSU darauf, die vom Europäischen Gerichtshof aufgezeigten Handlungsspielräume zur Vorratsdatenspeicherung für die Stärkung von Polizei und Justiz bei der Verfolgung von schweren Straftaten wie sexuellem Missbrauch von Kindern und Kinderpornographie auszuschöpfen. Doch die Ampelkoalition verhinderte immer wieder eine zügige Behandlung des Antrags - und damit einen effektiven Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch. Wegen der Tatenlosigkeit von Rot-Grün-Gelb haben wir jetzt eine Debatte im Bundestag erzwungen, um auf diesen Missstand aufmerksam zu machen.

Der Antrag von CDU und CSU sieht eine sechsmonatige Speicherung der IP-Adressen und Portnummern vor, damit digitale Tatortspuren den Verursachern sicher zugeordnet werden können. Ergänzt werden soll dies durch ein ebenso sicheres wie schnelles Abrufverfahren, um Tatverdächtige rasch zu identifizieren und schnell handeln zu können.

Wurde anfangs noch die Verschleppung des Antrags mit der Ankündigung eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung begründet, musste die Ampelkoalition inzwischen einräumen: der Entwurf kommt so schnell nicht. Die Koalition streitet – wieder einmal – und lässt so die Opfer im Stich. Immerhin soll der Antrag von CDU und CSU nun im Oktober Thema einer Expertenanhörung im Rechtsausschusses sein.

Nach Zahlen des Bundeskriminalamts wurden im vergangenen Jahr mehr als 17.000 Kinder Opfer von sexuellem Missbrauch und mehr als 42.000 Kinder Opfer von Kinderpornographie. Davon konnten tausende Fälle nicht aufgeklärt werden, weil die IP-Adressen nicht verfügbar waren.



Sebastian Brehm: „Alle Fachleute wissen, dass diese ständig steigenden Zahlen nur die traurige Spitze des Eisbergs sind. Die IP-Adressen sind gerade bei abscheulichen Verbrechen wie sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornographie im Internet häufig die einzige Spur zu den Tätern. Mit der Speicherung dieser Daten versetzen wir die Ermittlungsbehörden in die Lage, schwere Kriminalität zu bekämpfen und die Schwächsten in unserer Gesellschaft wirksam zu schützen. Wer Daten erst einfrieren will, wenn ein Tatverdächtiger bereits ermittelt ist, wie es der Bundesjustizminister von der FDP vorschlägt,

zündet Nebelkerzen. Daten, die nicht mehr vorhanden sind, kann man auch nicht einfrieren. Die Leidtragenden sind die Kinder. Dieses Verhalten der Ampel ist skandalös.“

Null Toleranz bei Clankriminalität



Sie sind eine wachsende Herausforderung für unseren Rechtsstaat: Kriminelle Großfamilien. [Angesichts steigender Deliktzahlen fordern CDU und CSU jetzt eine konsequentere Bekämpfung dieser Clans.](#)

Dazu gehört vor allem eine bessere technische Ausstattung der Polizei, um kriminelle Strukturen und Zusammenhänge im Clanmilieu besser analysieren zu können. Gleichzeitig sind auch wirksamere Regeln zur Vermögensabschöpfung nötig. Clanangehörige mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die nachweislich in kriminelle Machenschaften verstrickt sind, müssen rasch ausgewiesen werden. Es soll aber

auch geprüft werden, ob Doppelstaatler unter den Clankriminellen die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden kann.

Die Spannweite der kriminellen Clanaktivitäten reicht von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen wie Drogenhandel, Mord und Totschlag. Vor allem in Großstädten haben sich die kriminellen Clans in den vergangenen Jahren zu einem sichtbaren Phänomen entwickelt, auch wenn ihre Straftaten selten so schlagzeilenträchtig sind wie beim Raubzug im „Grünen Gewölbe“ von Dresden.



Sebastian Brehm: „Wir müssen der Clankriminalität im Interesse unserer Sicherheit mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegenreten. Das

erfordert auf allen Ebenen konsequente Reaktionen und Maßnahmen des Rechtsstaats.“

Als CSU-Schatzmeister bestätigt

Zwei Wochen vor der bayerischen Landtagswahl haben wir unserem Parteivorsitzenden Markus Söder bei seiner Wiederwahl auf dem Parteitag am 23. September in München mit einem Ergebnis von 96,5 Prozent deutlich den Rücken gestärkt. Ich bin von den Delegierten mit 96,6 Prozent für weitere zwei Jahre im Amt des Schatzmeisters und als Präsidiumsmitglied bestätigt worden. Ein großer Vertrauensbeweis.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.